



MAGAZINE

**DIE EU AUF DER SUCHE
NACH ORIENTIERUNG**



DIE WACHSENDE BEDROHUNG VON RECHTSPOPULISMUS

Was die Erfolge von rechtspopulistischen Parteien für die Zukunft der EU bedeuten

DAS EUROPÄISCHE JAHR DER KOMPETENZEN

Eine Agenda für die Stärkung von Arbeitskräften in Europa

NEUE FÄHIGKEITEN BRAUCHT DAS LAND

Wie Kroatien versucht seine Weiterbildung zu optimieren.

KI AM ARBEITSPLATZ

Erkenntnisse aus dem EZA-Startseminar 2023

AUSGABE 03/2023

Liebe Kolleg:innen, liebe Leser:innen,

im November kursierte in Deutschland eine vermeintliche Videoansprache des deutschen Bundeskanzlers, in dem er ein Verbot der rechtspopulistischen, in Teilen rechtsextremen, Partei Alternative für Deutschland (AfD) zum Schutz der Demokratie erklärt. Es handelte sich um ein sogenanntes Deepfake-Video politischer Satireaktivisten, verblüffend realistisch, jedoch erstellt mit Hilfe Künstlicher Intelligenz. Spätestens der Start von Chat GPT hat Für und Wider von KI in die öffentliche Debatte katapultiert. Bei unserem diesjährigen Startseminar in Sofia diskutierten wir im EZA-Netzwerk mit Wissenschaftler:innen und den beiden EVP-Abgeordneten Dennis Radtke und Axel Voss die Auswirkungen von KI auf die Welt der Arbeit. Es gilt - auch für Arbeitnehmerorganisationen - KI zu entmystifizieren, ihre unbestreitbaren Vorteile zu nutzen und zugleich damit verbundene Gefahren mit entsprechendem Regelwerk klar einzuhegen.

Zurück zum Satire-Video. Die Bundesregierung zeigte sich wenig amused über die Aktion. Zugleich legten die Satiriker den Finger in eine tiefe - mittlerweile in fast ganz Europa - klaffende Wunde. Populistische Parteien - insbesondere rechtspopulistische, in Teilen post-faschistisch und rechts-extrem, - finden in Europa immer mehr Zuspruch und erlangen Wahlerfolge wie zuletzt Geert Wilders Partei für die Freiheit in den Niederlanden. Viele dieser Parteien stellen demokratische Institutionen und Prozesse offen in Frage, postulieren häufig in ihren Parteiprogrammen den Abbau des Sozialstaates, wenden sich gegen die europäische Integration. Hiergegen müssen wir klar Stellung beziehen! Unsere Demokratien sind in Gefahr! Zur Ehrlichkeit gehört jedoch auch, kritisch zu hinterfragen, warum diese Parteien trotz ihres zerstörerischen Potentials gewählt werden. Viele von ihnen legen den Finger in die offenen Wunden unseres Wirtschaftssystems und der wachsenden Ungleichheit. Das rechtfertigt nicht ihre anti-demokratischen Politiken, es zeigt jedoch, dass wir dringend bessere Antworten auf soziale Fragen, zum Schutz der Verlierer der multiplen Krisen oder auf Migration benötigen. Um allen eine Stimme zu geben. Nur so lässt sich der Wind aus den Segeln von Rechtspopulist:innen nehmen; nicht jedoch, indem wir ihre Parolen übernehmen! EZA wird in seiner Brüssel-Konferenz am 19./20. März 2024 diese Fragen aufwerfen und eine mit ADAPT verfasste Studie veröffentlichen.

Wir bedanken uns bei all unseren Mitgliedern und Partner:innen, die auch im zurückliegenden Jahr EZA in unserer Mission unterstützt haben, den sozialen Dialog und die soziale Dimension in Europa zu stärken!

Wir wünschen allen eine gesegnete Weihnachtszeit und ein gesundes sowie hoffentlich friedvolleres Jahr 2024!

Luc Van den Brande, Präsident und Sigrid Schraml, Generalsekretärin



INHALT

4

DIE WACHSENDE BEDROHUNG VON RECHTSPOPULISMUS:

was Erfolge von rechtspopulistischen Parteien für die Zukunft der EU bedeuten

9

DAS EUROPÄISCHE JAHR DER KOMPETENZEN:

eine Agenda für die Stärkung von Arbeitskräften in Europa

12

NEUE FÄHIGKEITEN BRAUCHT DAS LAND:

wie Kroatien versucht seine Weiterbildung zu optimieren

16

KI AM ARBEITSPLATZ:

Erkenntnisse aus dem EZA-Startseminar 2023

19

IMPRESSUM

DIE WACHSENDE BEDROHUNG VON RECHTSPOPULISTEN

Über Auswirkungen und Folgen eines möglichen Rechtsrucks bei den Europawahlen 2024 für Arbeitnehmerorganisationen, den Sozialstaat und die europäischen Demokratien.



ZWEI AUSHÄNGESCHILDER DES EUROPÄISCHEN RECHTSPOPULISMUS: GIORGIA MELONI (FRATELLI D'ITALIA) UND GEERT WILDERS (PVV)

TEXT: Lukas Fleischmann
FOTOS: Lukas Fleischmann/Shutterstock

Bergamo – Am 1. Mai 2023, also nicht ganz zufällig am internationalen Tag der Arbeit, hat Italiens Premierministerin Giorgia Meloni das italienische Bürgergeld abgeschafft. Die im Jahr 2019 eingeführte Maßnahme sollte die Armut in Italien drastisch reduzieren. Laut der Nachrichtenplattform Euronews werden geschätzt 169.000 Familien ab 2024 die umstrittene Sozialleistung

nicht mehr bekommen. Künftig wird es eine abgewandelte Form des Bürgergelds für diejenigen geben, die über 60 Jahre alt sind, mit Minderjährigen in einem Haushalt zusammenleben oder eine Form von Behinderung oder Krankheit haben. Es ist ein Beispiel, wie die amtierende Rechtspopulistische versucht den Sozialstaat zu verändern. In ihrer Argumentation würde so die Produktivität

erhöht und Arbeitslosigkeit verringert. Die Europäische Kommission, Expert:innen aus der Wissenschaft und Gewerkschaften kritisieren diese und andere Maßnahmen der italienischen Regierung und stellen sich mit Blick auf die Europawahlen 2024 in der gesamten EU auf zunehmenden Druck von Rechtspopulist:innen ein. Es geht dabei um nicht weniger als eine mögliche Kehrtwende der europäischen Sozialpolitik, mit weniger sozialer Sicherheit und Pluralismus und mehr nationalen Alleingängen, die auch Arbeitnehmerorganisationen hart treffen könnte.

Sozialstaat dekonstruiert

„Es gibt über das Bürgergeld zwei Vorurteile“, sagt Francesco Nespoli, Wissenschaftler an der LUMSA-Universität Rom, „zum einen existiert diese Vorstellung, dass das Bürgergeld die Motivation Arbeitsloser untergräbt, sich einen Job zu suchen. Zum anderen gibt es dieses Betrugs-Narrativ über Personen, die sich Leistungen erschleichen. Das wurde auch öffentlichkeitswirksam durch nationale TV-Shows und Nachrichtensendungen kolportiert.“ Francesco Nespoli ist Kommunikationsexperte und forscht zu Massenkommunikation in Bezug auf Arbeitsmarkt, gewerkschaftlicher Kommunikation sowie Industriepolitik. Er kooperiert mit dem Forschungszentrum ADAPT in Bergamo, das mit dem EZA-Netzwerk eine Studie zu Rechtspopulismus und Europa erarbeitet.

Dabei sah Nespoli das 2019 von der ebenso populistischen Fünf-Sterne-Regierung eingeführte Bürgergeld aufgrund der ungenauen Umsetzung und zahlreicher gesetzgeberischer Fehler äußerst kritisch und dringend reformbedürftig. Allerdings sei die jetzige Lösung eine Verschlechterung. „Alle Menschen, die nicht über 60 sind, mit Minderjährigen zusammenleben oder eine Behinderung haben, sind als arbeitsfähig klassifiziert. Aber diese Klassifizierung ist natürlich zu stark vereinfacht. Erstere Gruppe hat Anspruch auf 500 Euro pro Monat, die potenziell Arbeitsfähigen haben Ansprüche auf bis zu 350 Euro pro Monat, wenn sie sich parallel auf Arbeitssuche begeben, gemeinnützige Arbeit leisten oder an Weiterbildungsmaßnahmen teilnehmen. Nur kann man nirgendwo in Italien von 350 Euro im Monat leben. Die Idee, den möglichen Betrug zu bekämpfen, wird dazu führen, dass wir aufgrund der Not mehr Betrug bekommen.“ Nespoli

befürchtet daher einen Anstieg von Schwarzarbeit: „Ich würde mir einen illegalen Job suchen, einen nicht angemeldeten Job, damit ich meinen informellen Lohn mit den 350 Euro zusammenlegen kann.“

Francesco Seghezzi sieht diese Situation ähnlich. Er ist Vorsitzender des Forschungszentrums ADAPT, das mit mehr als 40 Forschenden Brücken zwischen Gewerkschaften, Arbeitgeberverbänden, Firmen und Universitäten bauen möchte. „Es gibt in Italien Regionen im Süden, in denen bis zu 40 Prozent aller Frauen keinen Job haben. Es gibt außerdem Langzeitarbeitslose, die seit 20 Jahren keine Arbeit finden. Ich denke also, dass diese politischen Interventionen hauptsächlich eine Aktion für die Wählerschaft der Fratelli d'Italia war.“

Neue Narrative und das Verhältnis zu Gewerkschaften

Der Sozialstaat als Gießkanne, Arbeitslose als potenzielle Betrüger:innen und Sozialschmarotzer:innen – dies sind Positionen und vor allem Narrative, die oft von rechtspopulistischen Parteien in Europa vertreten werden. Seit 2022 mausert sich Italiens Premierministerin Giorgia Meloni zunehmend zur Gallionsfigur dieser politischen Gruppe. Doch füllt diese Rolle nicht allein aus. Der Niederländer Geert Wilders ist spätestens seit seinem Sieg bei den Parlamentswahlen in den Niederlanden im November 2023 wieder prominent dabei. „Populismus ist schwer zu definieren“, sagt Wissenschaftler Francesco Nespoli, „Ich denke aber, dass beim Rechtspopulismus die drei wichtigsten Schlüsselwörter Anti-Pluralismus, eine vereinfachte Darstellung des Volks, und die Gegenüberstellung von Volk und Eliten sind. Rechtspopulisten unterteilen die Gesellschaft ideell in zwei Gruppen: diejenigen, die von den Eliten gesteuert werden, und diejenigen, die Steuern.“ In der Regel unterscheidet sich diese Sichtweise vom Selbstverständnis der meisten Gewerkschaften, die für Pluralismus und gesellschaftliche Inklusion eintreten, sagt Thomas Miessen, „Gewerkschaften und Rechtspopulisten sind Antagonisten.“ Miessen arbeitet in der internationalen Abteilung des belgischen Gewerkschaftsbundes ACV-CSC und observiert und katalogisiert das Abstimmungsverhalten der einzelnen Fraktionen im Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten des Europäischen Parlaments.



WISSENSCHAFTLER FRANCESCO NESPOLI
VON DER LUMSA-UNIVERSITÄT ROM

Durch das Erstarken rechtspopulistischer Kräfte auf nationaler Ebene befürchtet er mehr Einfluss der Fraktionen der Europäischen Konservativen und Reformen (ECR) und Identität und Demokratie (ID) auf europäischer Ebene nach den Wahlen 2024. „Ja, ich bin besorgt. Ich fürchte, dass die Rechtspopulisten das Parlament schwächen werden. Wir haben bislang eingehende Analysen der Arbeit und des Abstimmungsverhaltens im Europäischen Parlament erstellt. In den meisten Fällen der sozialen Gesetzgebung sind sich in den Ausschüssen fast alle Gruppen einig – von links bis liberal. Nur Abgeordnete der ECR- und ID nicht. Sie lehnen Vorschläge zum Europäischen Mindestlohn oder zum Kampf gegen Armut trotz Beschäftigung grundsätzlich ab. Ihre Argumentation ist dabei, dass das nationale Angelegenheiten sind, in die sich die EU nicht einmischen soll.“

Auf nationaler Ebene zeigt sich in Italien bereits anhand eines Beispiel deutlich, zu welchen Zerwürfnissen eine rechtspopulistische Regierung führen kann, wenn es beispielsweise um den Umgang mit Gewerkschaften geht. Francesco Nespoli von der Universität Rom: „Von drei großen Gewerkschaftsbünden ist nur noch eine bereit nach enttäuschenden Erfahrungen mit der Regierung zu verhandeln. Die beiden anderen großen Verbände planen also derzeit Streiks und Protestaktionen gegen die Regierung. Die Antwort der Meloni-Regierung ist nun paradoxerweise das Gegenteil von Anti-Pluralismus. Sie versucht nun einige kleinere Gewerkschaftsbünde mit

ins Boot zu holen. Das ist ein sehr subtiler Weg, um die Beziehung zwischen Regierung und Gewerkschaften zu untergraben, denn traditionell werden in Italien nur die großen Gewerkschaftsbünde zu Gesprächen mit der Regierung zugelassen oder berücksichtigt.“ Jetzt versammle sie auch kleinere Gewerkschaftsbünde, um die Konfrontation zu schüren und die Verhandlung untereinander zu erschweren. Durch die zunehmende politisch geförderte Fragmentierung der Gewerkschaftslandschaft in Italien verlieren ehemalige große Verbände zunehmend Einfluss. Es ist eine divide et impera, also eine teile und beherrsche Strategie der Rechtspopulisten. Dadurch erhoffe sich die Meloni-Regierung, den Einfluss der Gewerkschaften insgesamt zu reduzieren.

Nationale Aktionen werden zur Bedrohung für EU-Politik

Frontale Attacken von Rechtspopulisten auf den Sozialstaat und Arbeitssuchende generell sind kein allein italienisches Phänomen. Auch in Deutschland bspw. sind Maßnahmen wie das Bürgergeld von rechtspopulistischer Seite massiv in die Kritik geraten. So fordert die immer stärker werdende – in Teilen als rechtsextrem eingestufte - Alternative für Deutschland (AfD), dass Langzeitarbeitslose zu Bürgerarbeit zwangsverpflichtet werden sollten, um aus „der sozialen Hängematte“ gehievt zu werden.

Der Unterschied ist allerdings, dass das, was in Deutschland von den Rechtspopulist:innen gefordert wird, in Italien zur Realität geworden ist – und für Europa zum Problem werden könnte. Die EU steht bereits seit Jahren unter Druck und versucht Wege zu finden, mit den neuen Rechten umzugehen. Durch die zunehmende Abkehr vom Sozialstaat auf nationaler Ebene positionieren sich immer mehr Mitgliedsstaaten gegensätzlich zum europäischen Trend, der auf den Ausbau der sozialen Dimension der EU seit der ersten Juncker-Kommission setzt. „Das soziale Europa ist in vielen Bereichen auf dem Vormarsch“, sagt Thomas Miessen, „aber darüber wird kaum berichtet. Es erreicht die Leute nicht.“ Die amtierende Europäische Kommission blickt daher verständlicherweise argwöhnisch auf die sozialpolitischen Maßnahmen in Italien. Ein Sprecher der Kommission teilte dem Nachrichtenportal EURACTIV mit, dass die EU zwar keine Zuständigkeit in diesem Bereich habe aber ein Mindesteinkommen als wichtiges soziales Sicherheitsnetz ansehe. „

Europas Perspektiven

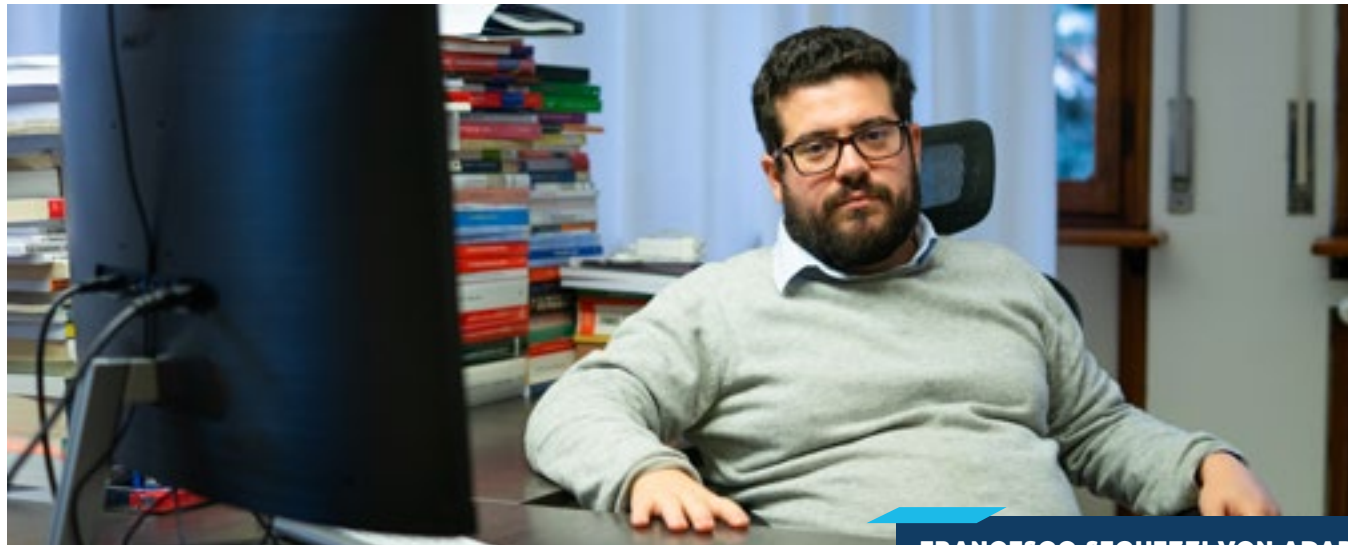
Es ist eine Debatte im Gang, wo Europa hinwill“, sagt Thomas Miessen, „Wir wollen aus Gewerkschaftssicht die Kontinuität im Ausbau der sozialen Dimension. Sowohl im nationalen als auch im europäischen Kontext. Rechtspopulisten wollen das nicht. Es gibt fundierte wissenschaftliche Beweise, die zeigen, dass Sparpolitik die Menschen in die Extreme treibt, und dann vor allem nach ganz rechts.“ Wo immer eine künstliche Knappheit erzeugt werde und die Menschen das Gefühl hätten, dass das Geld nicht reiche, würden schnell Immigrant:innen verantwortlich gemacht. „Auch über die sozialen Medien wird dieses Narrativ kultiviert“, so Thomas Miessen. In Zeiten von klammen öffentlichen Haushalten vollzieht sich dabei eine Diskursverschiebung: „Wenn man Steuerbetrug mit Sozialbetrug vergleicht, sind die Verhältnisse 100 zu 1. Die Statistiken dazu sind eindeutig. Durch verstärkte Steuerinspektion und Finanzinspektion könnte man mit den zusätzlichen Mitteln den Sozialstaat auch vernünftig finanzieren. Es ist unfassbar viel Reichtum da.“ Zwar gebe es Fälle von Sozialbetrug aber das Narrativ der sozialen Hängematte sei ebenso ein Mythos, weil in der Regel Arbeitslosengelder viel geringer seien als

Löhne, was allerdings nicht bedeute, dass Löhne hoch genug oder Reaktivierungsmaßnahmen von Arbeitslosen prinzipiell schlecht seien. „Wir müssten die Löhne stark erhöhen und die Arbeitsbedingungen verbessern. Doch auf EU-Ebene sind es die Rechten, die das nicht wollen, wie das Abstimmungsverhalten zur Resolution zu Armut trotz Arbeit zeigt“, sagt Miessen. Aus den ECR- und ID-Gruppen stimmen sämtliche Abgeordnete gegen die Resolution zur Armut trotz Arbeit oder enthielten sich, wobei sich auch die Mehrheit der EVP-Fraktion enthielt, allerdings nicht dagegen stimmte.

Für Thomas Miessen unterschätze Europa derzeit die Gefahr, die mit einem immer stärker werdenden Rechtspopulismus einhergeht. „Noch haben wir das Glück, dass wir extrem rechte Kräfte wieder abwählen können. Am Beispiel Trump haben wir gesehen, wie knapp das werden kann. Und am Beispiel Milei in Argentinien sehen wir, dass es mittlerweile Länder gibt, deren Kontexte immer instabiler werden.“ Auch die Niederlande reihen sich wohl nun darin ein. Mit 37 von 150 Parlamentssitzen, die an die rechtspopulistische und in Teilen rechtsextreme Partei der Freiheit gingen, konnte die Partei ihr Ergebnis im Vergleich zu den vergangenen Wahlen mehr als verdoppeln.

Angst und Wirklichkeit

Zurück nach Italien: Bis ins zweite Quartal 2023 erholte sich die Wirtschaft des Landes von den Schocks der vergangenen Jahre. Bis zum Ende dieses Jahres erwarten Analysten ein BIP-Wachstum vom 0,7 Prozent. Ebenso hat sich die Situation auf dem Arbeitsmarkt verbessert. Die EU geht davon aus, dass die Arbeitslosenquote über den Prognosehorizont hinweg weiter sinken wird. Das liegt aber auch am prognostizierten Rückgang der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter. Die Frage stellt sich also, welchen Anteil die italienische Regierung daran hat, also konkret was die rigiden Sparmaßnahmen wirklich initiiert haben. Francesco Nespoli von der LUMSA-Universität Rom sagt: „Ich glaube nicht, dass das ein Verdienst der Regierung sein kann. Es war ein Aufschwung nach der Pandemie. Wir haben kein Wunder. Ich denke, dass die Regierung weiß, dass ihre größte Herausforderung nun die Inflation ist.“



FRANCESCO SEGHEZZI VON ADAPT

Das Problem heißt Ungleichheit

Das Spiel des Rechtspopulismus ist ein Spiel zwischen Angst und Wirklichkeit. Dabei verfolgen führende Rechtspopulisten die Strategie, sich vom Nimbus des rechten Hardliners abzuwenden, um moderate Wählerschichten zu gewinnen. „Noch vor zehn Jahre hätte Meloni den Faschismus verteidigt“, sagt Francesco Seghezzi von ADAPT, „heute scheint sie eher konservativ geworden zu sein. Wie eine strenge Mutter der Nation. Ich glaube, dass das für die meisten Menschen in Italien sehr überraschend war. Ich glaube aber auch, dass sie damals 2022 die einzige wirkliche Opposition war, und dass sie deswegen gewählt wurde. Nicht aufgrund ihrer rechten Gesinnung.“

Doch egal wie pragmatisch nationale Regierungen mit rechtspopulistischen Parteien werden, stellen sie dennoch für das aktuelle System und für zivilgesellschaftliche und pluralistische Organisationen wie Gewerkschaften und für die EU eine Bedrohung dar. Sie lehnen zentrale Elemente der demokratischen Grundordnung und Institutionen ab. Es ist außerdem

zu befürchten, dass sich dieser nationale Erfolg auf die europäische Ebene überträgt. Damit droht eine Zäsur in der bisherigen sozialen Dimension. Es wäre ein herber Schlag für Arbeitnehmerorganisationen und andere soziale Organisationen. Sie stehen in ihrem Selbstverständnis im Gegensatz zu dem, was die meisten rechten Regierungen und Parteien fordern. Die Wurzeln dieses rechtspopulistischen Erfolgs ranken tief, haben aber im Kern mit Ungleichheit und Armut zu tun. Ob dieses Problem durch die Abtragung des Sozialstaates, die Schwächung von Gewerkschaften und die Fokussierung auf eine libertäre Wirtschaft gelöst werden kann, bleibt fraglich. Thomas Miessen sagt: „Die Lösungen sind da und sind eigentlich ziemlich einfach: Die eine ist Lohngerechtigkeit durch Tarifverhandlungen. Wenn ich einen Beitrag leiste, möchte ich einen angemessenen Lebensunterhalt haben, damit es Lohngerechtigkeit gibt. Die andere heißt Steuer: Auf Reichtum, Besteuerung auf Einkommen, und so weiter. Es gibt viele Möglichkeiten, die Last auf viele Schultern zu verteilen.“ Für das Narrativ am Ende: Das Verhältnis von Steuerbetrug zu Sozialbetrug von 100 zu 1 sollte als Argument eigentlich schon genügen.

Dieser Text entstand in Zusammenarbeit mit dem Forschungszentrum ADAPT in Bergamo. Im Podcast „**We Work Europe**“ können Sie Francesco Seghezzi und Francesco Nespoli kennenlernen. Außerdem stellen wir Ihnen die statistisch egalitärste Region in Italien vor, die dem Rechtspopulismus länger trotzt als andere Regionen des Landes. Sie finden die aktuelle Folge von „**We Work Europe**“ hinter diesem QR-Code.



EINE AGENDA FÜR DIE STÄRKUNG DER ARBEITSKRÄFTE IN EUROPA



TEXT: Katrin Brüggem
FOTOS: Shutterstock

Mit dem Europäischen Jahr der Kompetenzen 2023/24 zielt die Europäische Kommission auf einen Ausbau an Weiterbildungen für Arbeitnehmer:innen. Sie soll dazu beitragen, die EU auch künftig international wettbewerbsfähig zu halten und Antworten auf die drängendsten Fragen des europäischen Arbeitsmarktes zu

finden. Dabei werden aktuelle Herausforderungen, wie die Digitalisierung, Künstliche Intelligenz (KI), die Auswirkungen der Covid-19 Pandemie oder die Klimakrise, miteinbezogen. Insbesondere junge Europäer:innen, die den Übergang von der Ausbildung in die Berufswelt erleben, spielen dabei eine zentrale Rolle.

Kompetenzen für Europa

Für viele junge Menschen in Europa bedeutet der Eintritt in die Berufswelt nicht nur das Sammeln von beruflichen Erfahrungen, sondern auch die Entwicklung eines breiten Spektrums an Kompetenzen, die weit über fachliche Kenntnisse hinausgehen. Das Europäische Jahr der Kompetenzen bietet eine Gelegenheit, die Aufmerksamkeit auf die Vielfalt der Fähigkeiten zu lenken, die junge Europäer:innen in die Arbeitswelt einbringen könnten. Ein Schwerpunkt liegt auf der Förderung von digitalen Kompetenzen. Die Fähigkeit, digitale Tools effektiv zu nutzen und innovative Lösungen zu entwickeln, wird zu einem entscheidenden Erfolgsfaktor für Berufseinsteiger:innen und Berufstätige. Die Initiative soll dafür Schulungen und Ressourcen bereitstellen, um sicherzustellen, dass die Europäer:innen die notwendigen digitalen Fähigkeiten erwerben können.

Motivation zur Qualifikation

Statistiken zeigen deutlich: Aufgrund von multiplen Krisen sind die Aussichten auf dem Arbeitsmarkt herausfordernd. Dabei gibt es große Lücken zwischen dem Anspruch der Initiative und der Lebenswirklichkeit. In der gesamten EU haben Arbeitgeber:innen nach eigenen Angaben Schwierigkeiten, Arbeitskräfte mit den erforderlichen Qualifikationen zu finden. Ein Viertel der 25 Millionen kleinen und mittleren Unternehmen in Europa gibt an, dass es für sie das größte Problem ist, gute Führungskräfte und Mitarbeiter:innen zu finden. Im Jahr 2022 lag die Quote der unbesetzten Stellen in der Europäischen Union bei 2,8 Prozent, wobei die Spanne von 0,8 Prozent in Rumänien bis zu 4,6 Prozent in Österreich reichte – eine Quote, die in den meisten Mitgliedstaaten über dem Niveau vor der Pandemie lag. Um diese Zahlen zu reduzieren, garantiert die europäische Säule sozialer Rechte unter anderem das Recht auf allgemeine und berufliche Bildung. Allerdings nehmen nur 37 Prozent der Erwerbstätigen an einer Weiterbildung teil. Die EU möchte diese Zahl

auf 60 Prozent erhöhen. Eurostat gibt an, dass die Teilnehmerquote an Weiterbildungen im europäischen Durchschnitt bei 25- bis 34-Jährigen bei über 52 Prozent liegt, bei 45- bis 54-Jährigen bei knapp 44 Prozent und bei 55- bis 64-Jährigen nur noch bei rund 32 Prozent. Es ist auffällig, dass junge Europäer:innen, die direkt aus der Schule oder Ausbildung kommen, mit dem Erlernen neuer Kompetenzen nahtlos weiter machen. Dabei ist vor allem die Erhebung über die Erwachsenenbildung AES (Adult Education Survey) eine wichtige Informationsquelle, die die Teilnahme von Erwachsenen an der allgemeinen und beruflichen Bildung (formales, nicht-formales und informelles Lernen) erfasst.

Eine junge Perspektive

Tony ist eine junge europäische Persönlichkeit, 17 Jahre alt, und hat in diesem Jahr das Abitur in Deutschland bestanden. Während der Suche nach dem richtigen Anfang für die Zukunft unterstützte Tony das EZA-Team in dessen Sekretariat in Königswinter. Tonys Jahrgang war in den letzten Jahren maßgeblich durch die Coronapandemie betroffen. Gerade aufgrund der multiplen Krisen der vergangenen Jahre ist für Tony eine berufliche Orientierung derzeit schwierig. Tony erzählt davon, wie viele grundlegende Voraussetzungen und Kompetenzen in dieser Zeit nicht richtig erlernt oder verbessert werden konnten. Die Auswirkungen werden Tonys Ansicht nach unterschätzt und zeitgleich zusätzlicher Druck auf diese Generation aufgebaut. „Soziale Interaktionen sind heruntergefahren und wir konnten uns nicht darin üben. Wir wissen beispielsweise nicht, wie ein Bewerbungsgespräch geführt wird oder wie man sich in einer Verhandlung verhält.“ Tony berichtet weiter: „Ich befürchte, dass, wenn wir etwas anfangen, egal ob Studium oder Ausbildung, ohne wirklich zu wissen, was wir möchten oder erwarten, langfristig niemand zufrieden, geschweige denn glücklich wird. Etwas zu tun, nur um etwas zu tun zu haben, ist nicht nachhaltig.“ Es bestehe also die Gefahr, dass Ressourcen wie Zeit und Geld in Aus- und Weiterbildung investiert werden, von denen im Anschluss niemand auf dem Arbeitsmarkt profitieren wird.

„ES IST EINE GELEGENHEIT FÜR JUNGE EUROPÄER:INNEN, NICHT NUR IHRE BERUFLICHEN KOMPETENZEN ZU ERWEITERN, SONDERN AUCH IHRE INDIVIDUELLEN STÄRKEN IN DEN VORDERGRUND ZU STELLEN, UM DIE PROBLEME DER GEGENWART ANGEHEN ZU KÖNNEN.“

Zwischen Anspruch und Druckempfinden

Ursula von der Leyen spricht in Bezug auf das Europäische Jahr der Kompetenzen davon, dass die Bedürfnisse der Unternehmen und die Wünsche der Menschen in Einklang gebracht werden müssen. Ziel dabei solle sein, die richtigen Qualifikationen für Europa zu gewinnen, um die Herausforderungen zu meistern. Die Politik muss sich die Frage stellen, wie sie die passenden Kompetenzen gewinnen kann, wenn ein Großteil der zukünftigen Arbeitskräfte keine zu gewinnende Zukunft sieht. „Der Druck, dieses ganze Gebilde aus Problemen, Veränderungen und Ansprüchen zu lösen oder zumindest einen essenziellen Teil dazu beizutragen, lässt mich und ich denke auch viele weitere aus meiner Generation eher zurückschrecken. Natürlich möchten wir etwas Sinnstiftendes tun. Es muss uns aber auch glücklich machen und nicht nur einen Zweck erfüllen“, so Tony.

Unter dem Strich ist der Appell, sich fortlaufend zu bilden, ein guter. Er verdrängt aber auch die Tatsache, dass gerade bei jungen Arbeitnehmer:innen Kompetenzen vorausgesetzt werden, die aufgrund externer Faktoren nicht in Fülle erlernt werden konnten. Während unter Druck Diamanten entstehen, besteht hier das Risiko, dass eine junge Generation an Europäer:innen an dem Druck zerbricht. Insgesamt ist das Europäische Jahr der Kompetenzen ein wichtiger Schritt in Richtung einer besser und vielseitiger qualifizierten Belegschaft in Europa. Es ist eine Gelegenheit

für junge Europäer:innen, nicht nur ihre beruflichen Kompetenzen zu erweitern, sondern auch ihre individuellen Stärken in den Vordergrund zu stellen, um die Probleme der Gegenwart angehen zu können. Im Folgenden blicken wir auf ein konkretes europäisches Beispiel und erfahren, wie die Perspektiven einer Weiterbildung in Kroatien genutzt werden.

Die Zukunft sieht trüb aus

Junge Menschen empfinden ihre Zukunftsaussichten aufgrund der Krisen und der rasanten Entwicklung bei der KI aktuell als sehr trüb. Laut einer Umfrage des Meinungsforschungsinstitut YouGov im März 2023, haben 52 % der 16- bis 26-Jährigen eine pessimistische Einstellung bezüglich ihrer Zukunft. 7.000 junge Menschen aus sieben verschiedenen europäischen Ländern (Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Spanien, Italien, Griechenland und Polen) wurden dabei befragt. Lediglich 22 Prozent glauben, dass es ihrer Generation einmal besser gehen werde als ihren Eltern. Ein weiteres Ergebnis der Befragung ist außerdem, dass nur fünf Prozent das Gefühl haben, ihre Interessen werden von der Politik „voll und ganz“ vertreten. Ganze 26 Prozent hatten dieses Gefühl „überhaupt nicht“. „Das Lebensgefühl junger Europäer und Europäerinnen trübt sich längerfristig und kontinuierlich ein. Das bedeutet nach vorne schauend: Eine plötzliche Trendumkehr ist nicht sehr wahrscheinlich“, sagt Politikwissenschaftler Thorsten Faas von der Freien Universität Berlin, der Wochenzeitung „Die Zeit“.

NEUE FÄHIGKEITEN BRAUCHT DAS LAND

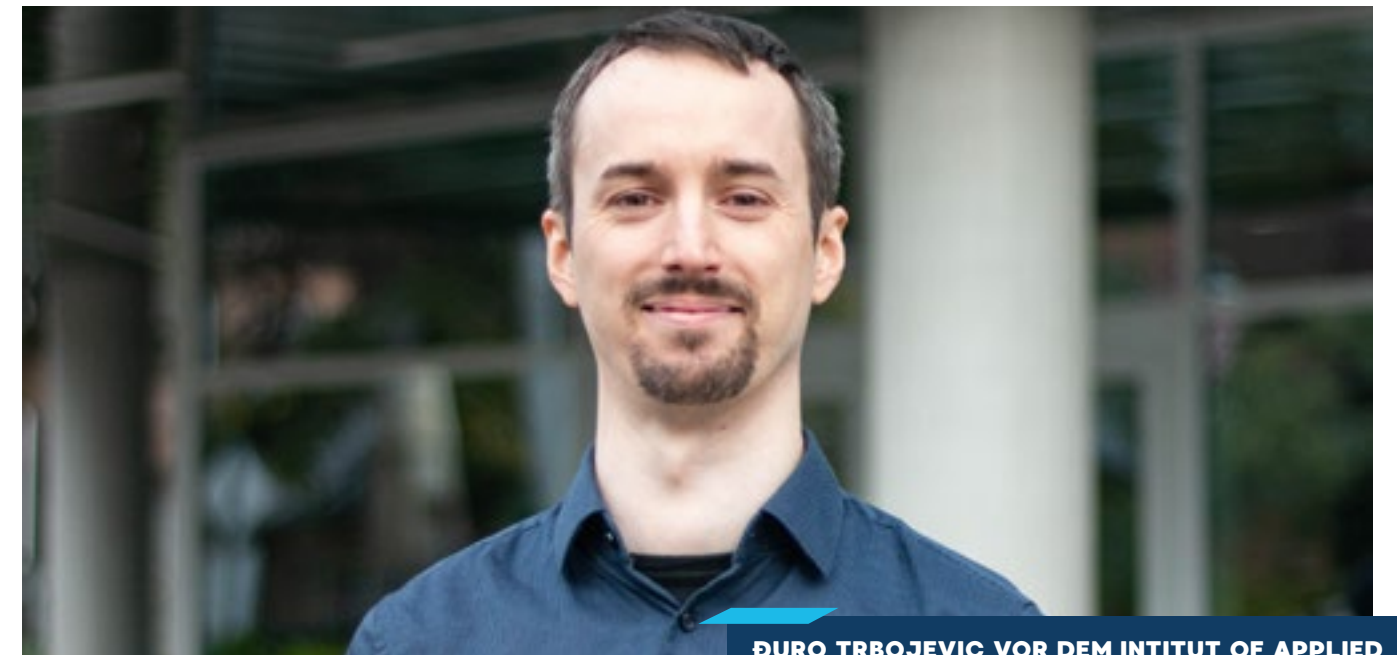
Kroatiens schrumpfende Bevölkerung könnte aufgrund neuer Technologien wie der Künstlichen Intelligenz demnächst vor einer Abwanderungswelle stehen. Vertreter:innen von Gewerkschaften und der Wirtschaft diskutieren über Weiterbildung als Gegenmaßnahme.



TEXT: Ralph Würschinger
FOTOS: Ralph Würschinger, NHS, Shutterstock

„Ich könnte Vater für einige von ihnen sein“, sagt Đuro Trbojevic und lacht, als er von seinen Kommiliton:innen an der Universität Zagreb spricht. Der 35-jährige hat sich vor kurzem dazu entschieden, einen Bachelor in Informationstechnologie zu studieren. Dringend braucht er diesen Abschluss nicht. Đuro Trbojevic ist erfolgreicher Unternehmer. Seit mehr als acht Jahren handelt er mit CNC-Maschinen und Druckern. Für ihn ist der akademische Abschluss ein Investment, und zwar das Beste, das er in seinen Augen tätigen kann. Natürlich könnte er sich über das Internet Wissen aneignen, er bevorzugt aber das Lernsystem der Universität: Vorlesungen und Kurse mit festen Zeitvorgaben, in denen er Leistung erbringen

muss. „Es ist leicht, Dinge zu verschieben, auf Morgen, dann auf den Morgen danach; und Montage werden zu Wochen, Monaten, Jahren. Aber sobald man sich einer Institution verpflichtet, zwingt das einen, sich an deren Vorgaben zu halten.“ Als Chef der eigenen Firma kann er seine Arbeitszeit um den Stundenplan der Universität herumplanen. Einfach ist es nicht, sagt er. „Es erfordert große Opfer. Besonders auf persönlicher Ebene.“ Đuro Trbojevic arbeitet häufig an Wochenenden oder nachts. Wenige Stunden Schlaf sind keine Seltenheit. Unterstützung erhält er von seiner Frau, die sich um ihre beiden Kinder kümmert. Ohne diese Unterstützung und die Freiräume in seiner Arbeit wäre das nicht möglich.



ĐURO TRBOJEVIC VOR DEM INTITUT OF APPLIED SCIENCES DER UNIVERSITÄT ZAGREB

Đuro Trbojevic war vor vielen Jahren schon einmal an der Universität Zagreb eingeschrieben. Nach einigen Semestern musste er allerdings aus finanziellen Gründen mit der Lohnarbeit anfangen. Sein damaliger Job ließ nicht zu, dass er Vorlesungen parallel weiterbesuchen konnte und so musste er sein Studium abbrechen. Eine Situation, die die Initiative European Year of Skills durch lebenslanges Lernen zu verändern versucht.

Recruiting statt Reskilling

„Arbeitgeber:innen haben nicht das Bedürfnis, in die Weiterbildung ihrer Angestellten zu investieren“, meint Krešimir Sever. Er ist Präsident von NHS (Nezavisni Hrvatski Sindikati), dem zweitgrößten Gewerkschaftsbund Kroatiens und Mitgliedszentrum von EZA. Laut Sever sei es bequemer für Arbeitgeber:innen, bereits ausgebildete Fachkräfte aus dem Ausland anzuwerben. Dabei rekrutiert Kroatien Arbeitskräfte aus Asien: Nepal, Pakistan oder von den Philippinen. Nach Angaben des Innenministeriums erhielten im vergangenen Jahr rund 125.000 Arbeitnehmer:innen aus Drittstaaten eine Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigung im Land. Denn viele Kroat:innen suchen in Ländern wie Deutschland ihr Glück, das sich schon länger um Fachkräfte aus dem Ausland bemüht. „Unser Land belegt in der EU den letzten Platz, wenn es darum geht, jungen und hochqualifizierten Menschen einen Arbeitsplatz zu geben. Außerdem sind wir das Land mit den meisten kurzfristeten Arbeitsverträgen“, sagt der Gewerkschaftspräsident. In den vergangenen 10-15 Jahren sind unter anderem deswegen rund 400.000 Kroat:innen emigriert. Die Einwanderung aus Drittstaaten könne diese Emigration aktuell nicht abfedern. Betroffen

sind nicht nur hochqualifizierte Berufe, sondern auch Saisonkräfte für den Tourismusbereich, der rund 20 Prozent des Bruttoinlandsprodukts ausmacht und gerade an den Küstenregionen einen der wichtigsten Wirtschaftssektoren darstellt. Dass Menschen Kroatien verlassen, ist für das Land an der Adriaküste nichts Neues. Es gab bereits eine Vielzahl an Auswanderungswellen. Anfang der Neunziger mit dem Jugoslawienkrieg, dann mit der Weltfinanzkrise in den Nullerjahren und jüngst mit dem Eintritt Kroatiens in die EU 2011. Krešimir Sever befürchtet eine weitere Welle der Abwanderung in den nächsten fünf bis zehn Jahren. Wer jetzt einen Job habe, könne nicht davon ausgehen, dass er sicher sei. Neue Technologien, wie beispielsweise Künstliche Intelligenz und Automation, werden Prognosen zufolge den Arbeitsmarkt Kroatiens schwer treffen und Arbeitsplätze kosten, meint er und bezieht sich auf eine Studie mit dem Titel The Future of Work in Croatia, durchgeführt von McKinsey aus dem Jahr 2021.

Laut Studie werden im Besonderen körperliche Tätigkeiten und einfache Dateneingaben davon betroffen sein. Darin heißt es, dass bis 2030 etwa 140.000 Kroat:innen ihre Beschäftigung ändern müssen, um ihre Arbeit nicht zu verlieren. Eine Auswanderung wäre für diese Arbeitnehmer:innen keine Option, denn die digitale Entwicklung findet parallel auch in anderen EU-Ländern statt. Schätzungen der EU gehen davon aus, dass in Zukunft 90 Prozent der Bevölkerung digitale Fähigkeiten benötigen wird. Schon jetzt fehlt es auf dem Arbeitsmarkt an Digitalexpert:innen. Für 2030 prognostiziert die Staatengemeinschaft 20 Millionen Jobs im Bereich ICT (Informations- und Kommunikationstechnik) (aktuell sind es 8,9 Mio.).

Die 20er Jahre hat die europäische Kommission als Start der digitalen Dekade ausgerufen und setzt sich seit ein paar Jahren verstärkt für den Wandel hin zu einem digitalen Europa ein. Im September hat die Europäische Kommission den ersten von ab jetzt jährlich veröffentlichten Berichten vorgelegt, in dem Analysen und Handlungsvorschläge für die einzelnen Mitgliedsländer nachzulesen sind: 2030 Digital Decade. Report on the state of the digital decade 2030. Für Kroatien schlägt er vor, die Kapazität des Bildungssystems zu erhöhen, mehr ICT-Spezialist:innen auszubilden und sich stärker dafür einzusetzen, Fachkräfte im eigenen Land zu behalten und gleichzeitig neue Talente anzuziehen.

Es braucht schnellere Anpassungen

„Unser Bildungssystem ist nicht auf unsere sich schnell verändernde Welt ausgerichtet“, sagt Vjeran Buselic und fährt damit fort, dass der Gedanke, dass eine Person das gesamte Berufsleben in einem einzigen Unternehmen verbringt und eine bestimmte Tätigkeit ausübt, ausgedient hat. Als Professor am Institut für Informationstechnologie der Universität Zagreb gibt Vjeran Buselic Kurse zu Digitalökonomie sowie zu kritischem Denken und Informationskompetenz. Bei letzterem geht es darum, dass Studierende lernen, wo sie Informationen finden, welche Werkzeuge ihnen dabei helfen können, wie sie die Informationen verifizieren und einordnen können. Er würde sich wünschen, dass kritisches Denken bereits in der Schule beigebracht wird, denn „das sind die Fähigkeiten, die das Lernen begünstigen, die dazu anregen, offen zu sein und Neues auszuprobieren.“ Eine zunehmend wichtiger werdende Fähigkeit, findet der Professor. Für den Kurs könnte kaum jemand besser geeignet sein als Vjeran Buselic. Ursprünglich hat der 66-jährige Mathematik studiert, als Programmierer u.a. für Microsoft gearbeitet und war als Projektmanager tätig, besuchte während dieser Zeit eine Vielzahl an Weiterbildungskursen, bevor er die akademische Laufbahn eingeschlagen und 2018 im Studiengang Philosophie promoviert hat. Vjeran Buselics Absicht, sich kontinuierlich weiterzubilden und neue Fähigkeiten zu erlernen haben ihn schließlich an den Lehrstuhl geführt.

Dort versucht er diese Einstellung an seine Studierenden weiterzugeben. Daneben vermittelt er Softskills, wie Teamwork, Arbeitsorganisation und Rhetorik. Außerdem bringt er seine Studierenden mit Unternehmen zusammen. Noch vor einigen Jahren, als er bei Unternehmen angefragt hatte, brauchte es viel Überredungskunst. „Heutzutage kommen sie von allein. Du brauchst sie nicht mehr einzuladen. Es gibt einen solchen Mangel an IT-Spezialisten, dass sie Studierende im dritten Semester direkt anstellen – auch wenn diese noch nicht viel können. Aber die Unternehmen sagen: Okay, wir

bringen es ihnen bei.“ In Vjeran Buselics Augen braucht es nicht zwingend einen Abschluss, um eine Arbeit in diesem Bereich zu finden. Weil sich die Arbeitswelt aber so rasant ändert, hält er es für die persönliche Entwicklung wichtig, Abschlüsse vorweisen zu können.

Anreize schaffen

Aufgrund der Digitalisierung der Arbeitswelt nimmt die IT eine privilegierte Stellung ein. In anderen Bereichen werden künftige Arbeitnehmer:innen nicht so stark umgarnt. Wer sich bereits in einem Arbeitsverhältnis befindet, hat bislang wenig Chancen auf Weiterbildung. Das möchte NHS ändern. Zusammen mit der kroatischen Regierung und Arbeitgeber:innen haben Gewerkschaften EU-finanzierte Bildungsgutscheine erarbeitet. Angestellte und Arbeitslose können sich auf diese Gutscheine bewerben. Fast 1.000 Kurse verschiedener privater Bildungseinrichtungen finden sich auf dem Portal des kroatischen Arbeitscenters. Das Angebot reicht von UX Design über Wartung von Hybrid-Autos bis hin zu Digital Marketing. Durchgeführt werden die Kurse entweder Online oder vor Ort und umfassen meist mehrere hundert Stunden. Laut NHS ist der Andrang bislang eher verhalten. Gründe dafür seien, dass das Programm nicht ausreichend beworben werde und gerade ältere Generationen die Dringlichkeit für lebenslanges Lernen nicht erkannten hätten. Krešimir Sever hält die angebotenen Kurse aber auch nicht für ausreichend.



KREŠIMIR SEVER, PRÄSIDENT VON NHS
(NEZAVISNI HRVATSKI SINDIKATI)



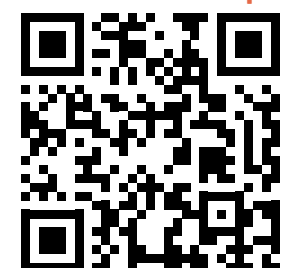
VJERAN BUSELIC, PROFESSOR AM INSTITUT FÜR INFORMATIONSTECHNOLOGIE DER UNIVERSITÄT ZAGREB

Diese umfassten zwar zukunftsweisende Fähigkeiten für die grüne und digitale Industrie, er und seine Organisation hätten sich aber ein breiteres Angebot gewünscht. Insgesamt braucht es mehr als nur Gutscheine, um Kroatiens Arbeitsmarkt nachhaltig zu stärken. Große Verantwortung trägt seiner Meinung nach die Regierung: „Wenn du nicht dafür sorgen kannst, dass Arbeitende höhere Löhne erhalten, dann kannst du vielleicht ihr Leben anderweitig verbessern; mit günstigeren Mietpreisen, stabilen Arbeitsplätzen jetzt und vor allem in der Zukunft. Das bedeutet, dass die Kosten für Weiterbildung nicht allein Arbeitnehmer:innen tragen. Und dass sie sich darauf verlassen können, dass sie in der Zukunft – nicht in den nächsten zwei bis vier Jahren – aber in den nächsten zehn oder mehr Jahren einen Job haben und dass Unternehmen in deren Fähigkeiten investieren, die dort in Zukunft gebraucht werden.“ Zwar ziehen kroatische Arbeitgeber:innen derzeit noch viele niedrigqualifizierte Fachkräfte aus Drittstaaten an. Hochqualifizierte Arbeitskräfte orientieren sich aber weiter westlich innerhalb Europas. Ginge es nach Krešimir Sever, so sollten Arbeitgeber:innen sich verstärkt dafür einsetzen, inländische Fachkräfte auszubilden, umzuschulen und im eigenen Unternehmen zu halten. Krešimir Sever übt aber auch Kritik an anderen EU-Staaten, wie Deutschland, die ausgebildete Arbeiter:innen aus Kroatien, Tschechien oder Bulgarien mit gut bezahlten Stellen anlocken. Er hält es für ein gesamteuropäisches Problem. „Es ist unfair“, meint der Gewerkschaftspräsident „diese Länder sollten etwas im Ausgleich für die Fachkräfte, die jetzt z.B. in Kroatien fehlen, geben.“ Denn die Herkunftsländer investieren viele

tausende Euro in die Ausbildung solcher Fachkräfte, haben aber nichts davon, wenn diese auswandern, um anderswo zu arbeiten. Seiner Meinung nach muss die EU eine Lösung für dieses Problem finden. Ansonsten führe das dazu, dass reiche Staaten immer reicher und arme Staaten immer ärmer werden. Krešimir Sever betont, dass er nicht gegen die EU sei – im Gegenteil: NHS habe Kroatien dabei unterstützt, dem Staatenbund beizutreten.

Aus seinem eigenen Freundeskreis kennt Đuro Trbojević das Problem. Viele seiner Freunde leben und arbeiten im Ausland. Auch er denkt ab und zu darüber nach. Doch seine Familie und das eigene Unternehmen in Kroatien halten ihn dort. In rund einem Jahr möchte Đuro Trbojević seinen Bachelor abschließen. Die Doppelbelastung, sagt er, kann er nicht lange mitmachen. Trotzdem möchte er nicht ausschließen in Zukunft seinen Master zu machen oder eine andere Weiterbildung durchzuführen. Die Flexibilität, die seine Arbeit mit sich bringt, erkennt er als Privileg an, das andere nicht haben. „Ich bin mir sicher, dass sich eine beträchtliche Anzahl an Menschen weiterbilden würde, wenn Arbeitgeber:innen das anbieten würden“, meint er. -Falls diese Einschätzung zutrifft und Arbeitgeber:innen sowie Regierung Investitionen in Aus- und Weiterbildung vorantreiben, könnte das Land die nächste Abwanderungswelle vielleicht abfedern.

 We Work Europe



Weitere Informationen und Einblicke zum Arbeitsmarkt Kroatien können Sie im Podcast „We Work Europe“ nachhören. Scannen Sie dazu diesen QR-Code oder gehen Sie auf <https://www.eza.org/en/eza-podcast>

KI AM ARBEITSPLATZ: ERKENNTNISSE AUS DEM EZA-STARTSEMINAR 2023



TEXT: Sergio De la Parra
FOTOS: Katrin Brüggem

Die Kernaussage des diesjährigen EZA-Startseminars war eindeutig: „Die Blackbox kann geöffnet werden!“ Die Vertreter:innen der Arbeitnehmer:innen haben die Pflicht, Systeme mit künstlicher Intelligenz (KI) zu entmystifizieren

und die Arbeitnehmer:innen dabei zu unterstützen, den negativen Auswirkungen dieser aufkeimenden Technologie entgegenzuwirken. Die Aneignung fundierter Kenntnisse über KI ist der erste Schritt in diese Richtung.

EZA in Sofia

Genau das war das Ziel des diesjährigen EZA-Startseminars, das der bulgarische Gewerkschaftsbund PODKREPA am 23. und 24. November in Sofia veranstaltet hatte. Die Veranstaltung umfasste fünf Diskussionsrunden, in denen sich die Teilnehmer:innen mit verschiedenen wichtigen Aspekten der KI im Beschäftigungskontext befassten. Zu den wichtigsten Themen gehörten die Erforschung der aktuellen KI-Anwendungen in verschiedenen Branchen, das Verständnis ihrer Auswirkungen auf die Schaffung und Verdrängung von Arbeitsplätzen sowie das Erkennen der sich entwickelnden Qualifikationsanforderungen in einer KI-gesteuerten Wirtschaft. Ein weiterer Schwerpunkt des Seminars war die wichtige Rolle der Gewerkschaften beim Schutz der Arbeitnehmer:innen vor den potenziellen negativen Auswirkungen der KI, wobei sich die Diskussionen um Strategien zum Schutz der Arbeitnehmer:innenrechte und um ethische Aspekte der KI-Integration drehten. Darüber hinaus wurden die Gespräche auf die Notwendigkeit wirksamer rechtlicher Rahmenbedingungen für die Steuerung des Einsatzes von KI und das Verständnis ihrer umfassenderen sozioökonomischen Auswirkungen ausgeweitet. Auf der Veranstaltung kamen etwa 60 Teilnehmer:innen aus ganz Europa zusammen, die 48 Mitgliedsorganisationen des EZA vertraten.

KI am Arbeitsplatz: Heute, nicht erst morgen

Die Integration von KI in verschiedene Sektoren unterstreicht, dass diese Technologie kein futuristisches Konzept mehr ist, sondern bereits unsere Gegenwart prägt. Im Finanzsektor spielt KI eine entscheidende Rolle beim algorithmischen Handel, während die Reisebranche durch die Entwicklung personalisierter Empfehlungssysteme von ihr profitiert. Der Gesundheitssektor nutzt KI für verbesserte Diagnosemöglichkeiten und im Verkehrswesen treibt KI die Entwicklung autonomer Fahrzeuge voran. Sogar der Einzelhandel nutzt KI, um den Kundenservice zu verbessern. Der Einfluss von KI erstreckt sich auf verschiedene Geschäftsprozesse mit bemerkenswerten Anwendungen im Personalwesen (HR). Hier wird sie für Aufgaben wie die Überprüfung von Lebensläufen, die Vorhersage der

Mitarbeiter:innenleistung und die Beeinflussung von Einstellungs- und Entlassungsentscheidungen eingesetzt. Darüber hinaus findet KI auch in anderen Geschäftsbereichen wie Kundenservice, Buchhaltung, Marketing und Recht Anwendung.

(Noch) Keine größeren Arbeitsplatzverluste

Der Einsatz von künstlicher Intelligenz kann zwar in bestimmten Bereichen zum Verlust von Arbeitsplätzen führen, doch trägt die KI auch zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zu einer Verlagerung der Nachfrage nach Arbeitskräften bei, da sie die Produktivität erhöht. Sie führt neue Aufgaben und Rollen ein, insbesondere für Personen mit Fähigkeiten, die KI-Technologien ergänzen. Hochqualifizierte Berufe, die mit kognitiven Aufgaben verbunden sind, werden von den Fortschritten der KI besonders beeinflusst. Es gibt jedoch Hinweise darauf, dass sich die negativen Auswirkungen auf die Beschäftigung bisher in Grenzen halten. Das kann auf Faktoren wie die niedrige KI-Einführungsrate, das Zögern der Unternehmen, ihre Belegschaft sofort abzubauen, und die für die Integration neuer Technologien erforderliche Zeit zurückgeführt werden.

Im Hinblick auf die Qualifikationen führt der Einfluss der KI zu einer bemerkenswerten Verschiebung der von den modernen Arbeitskräften geforderten Qualifikationen. Fähigkeiten, die von der KI nachgebildet werden können, einschließlich bestimmter manueller oder kognitiver Fähigkeiten, werden immer weniger wichtig. Umgekehrt steigt der Bedarf an Fähigkeiten, die mit der Entwicklung, Wartung und Interaktion mit KI-Systemen zusammenhängen. Das umfasst ein Spektrum, das von grundlegenden digitalen Kenntnissen bis hin zu spezialisiertem KI-Fachwissen reicht. Diese Verschiebung macht eine Neubewertung der Bildungs- und Ausbildungssysteme erforderlich, um sich an diese raschen Veränderungen anpassen zu können. KI-Schulungen werden nicht nur für gefährdete Gruppen, sondern auch für höher qualifizierte Arbeitnehmer:innen und Führungskräfte wichtig, um die Entwicklung und Einführung von KI zu fördern.

Gefährdung der Arbeitnehmer:innenrechte durch KI

Aus arbeitsrechtlicher Sicht wirft die Integration von KI in die Arbeitswelt erhebliche Bedenken hinsichtlich der Arbeitnehmer:innenrechte auf. Eines der drängendsten Probleme in diesem Zusammenhang ist die Verwischung der traditionellen Unterscheidungen zwischen Arbeitnehmer:innen und Selbstständigen durch das Aufkommen von KI und das algorithmische Management. Infolgedessen werden etwa 30 Millionen Plattformbeschäftigte in der EU, darunter Essenslieferant:innen und Uber-Fahrer:innen, oft als Selbstständige eingestuft, obwohl sie denselben Vorschriften unterliegen wie Arbeitnehmer:innen. Dieser Status als Selbstständige beraubt sie jedoch einer Reihe von Rechten und Ansprüchen, die Arbeitnehmer:innen zustehen, darunter Rechte auf Kollektivverhandlungen, Sozialversicherungsleistungen, Kündigungsschutz und Mindestlohngarantien.

Zusätzliche Konflikte können sich aus aufdringlichen KI-basierten Überwachungs-instrumenten ergeben, die in die Privatsphäre und die Datenschutzrechte der Arbeitnehmer:innen eingreifen können. Ebenso kann der Einsatz von KI-basierten Systemen zur Überwachung von Arbeitnehmer:innen zu erhöhtem Stress führen und eine Bedrohung für die psychische Gesundheit der Arbeitnehmer:innen darstellen. Weitere rechtliche Fragen im Zusammenhang mit KI betreffen die Rechtmäßigkeit der automatisierten Entscheidungsfindung, die Verschärfung der Informationsasymmetrie zwischen Arbeitgeber:innen und Arbeitnehmer:innen sowie das Diskriminierungspotenzial von KI-basierten Tools.

EU-Recht passt sich der Herausforderung an

Auf EU-Ebene befassen sich die politischen Entscheidungsträger:innen aktiv mit diesen Bedenken, indem sie zwei wichtige Rechtsakte in Erwägung ziehen. Die Richtlinie zur Plattformarbeit ist einerseits der erstarkenden digitalen Wirtschaft und digitalen Arbeitsplattformen gewidmet. Diese Richtlinie zielt auf den Beschäftigungsstatus von Personen ab, die über diese Plattformen arbeiten, oft unter prekären Bedingungen. Ein Hauptziel dieser Richtlinie besteht darin, sicherzustellen, dass Plattformarbeiter:innen die gleichen Arbeitsrechte und den gleichen Schutz erhalten wie ihre traditionellen Pendanten als Arbeitnehmer:innen. Auf der anderen Seite stellt das „Gesetz über künstliche Intelligenz“ die ehrgeizige

Initiative der EU dar, einen umfassenden Rechtsrahmen für KI zu schaffen. Sein Hauptziel ist es, zu gewährleisten, dass KI-Systeme sicher, transparent und im Einklang mit den Grundrechten und -werten arbeiten. Das Gesetz kategorisiert KI-Systeme auf der Grundlage ihrer Sicherheits- und Grundrechtsrisiken, die von inakzeptablen Risiken bis zu minimalen Risiken reichen. Abhängig vom ermittelten Risikoniveau gelten für ihre Entwicklung und Markteinführung mehr oder weniger strenge Bedingungen, wobei Systeme, die unannehmbare Risiken darstellen, verboten sind.

Gewerkschaften im Zeitalter der KI

Auch die Gewerkschaften können in diesem Zusammenhang eine zentrale Rolle spielen. Ihre Hauptaufgabe besteht darin, die „Blackbox“ zu öffnen und das Innenleben von KI-Systemen zu enthüllen. Auf dieser Grundlage können die Gewerkschaften die Arbeitnehmer:innen unterstützen, indem sie dafür sorgen, dass bestehende KI-bezogene Rechtsnormen in den Betrieben durchgesetzt werden, häufig durch Tarifverträge. Diese Vereinbarungen gewährleisten nicht nur die Einhaltung bereits geltender Normen, sondern bieten den Gewerkschaften auch die Möglichkeit, strengere Richtlinien für die Nutzung von KI festzulegen, die über die grundlegenden gesetzlichen Anforderungen hinausgehen, um die Interessen von Arbeitnehmer:innen in KI-integrierten Umgebungen zu schützen. Die Anfechtung unlauterer KI-Methoden ist ein weiterer wesentlicher Aspekt der Gewerkschaftsaufgaben. Das kann rechtliche Schritte gegen ungerechte KI-gesteuerte Methoden oder die Zusammenarbeit mit Datenschutzbehörden beinhalten, insbesondere in Fällen, in denen sensible Arbeitnehmer:innendaten betroffen sind. Die Gewerkschaften spielen eine wichtige Rolle bei der Bereitstellung der notwendigen Ressourcen für die Arbeitnehmer:innen, um diese Wege effektiv zu beschreiten.

Und schließlich können die Gewerkschaften selbst KI einsetzen, um ihre Fähigkeiten zu verbessern. Sie können Arbeitstrends analysieren, die Kommunikation mit den Mitgliedern verbessern und wirksame Lobbystrategien entwickeln. Das steht nicht nur im Einklang mit dem technischen Fortschritt, sondern stärkt auch ihre Rolle bei der Wahrung der Interessen von Arbeitnehmer:innen. Richtig eingesetzt kann KI für Gewerkschaften ein mächtiges Instrument darstellen, um in der sich wandelnden Arbeitswelt erfolgreich zu sein und sicherzustellen, dass die Rechte und das Wohlergehen von Arbeitnehmer:innen auch im Zeitalter der künstlichen Intelligenz oberste Priorität haben.

SAVE THE DATE 19 & 20 MÄRZ 2024 BRÜSSEL – KONFERENZ

Europawahlen 2024: Die europäische Demokratie und die soziale Dimension der EU auf dem Prüfstand

IMPRESSUM

Herausgeber

EZA – Europäisches Zentrum für Arbeitnehmerfragen
Johannes-Albers-Allee 2 53639 Königswinter
Tel. +49 - 22 23 - 29 98 - 0
Fax +49 - 22 23 - 29 98 - 22
E-Mail: eza@eza.org
www.eza.org

Redaktion

Sigrid Schraml, Lukas Fleischmann
(verantwortlicher Redakteur), Katrin Brüggem,
Sergio De la Parra, Ralph Würschinger

Editorialdesign & Grafik

Sofia Wunderling, 40227 Düsseldorf
wunderling.myportfolio.com

Fotos

Lukas Fleischmann, Katrin Brüggem,
NHS, Shutterstock

Erscheinungsweise

Jährlich 3 Ausgaben